

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen:

Was ist IHR oberstes Gebot? Was bewerten SIE höher?

- Den Sparbedarf zu Gunsten der Schuldenbremse?

- Oder den Betreuungsbedarf von Menschen mit Behinderung?

Aus den sehr ärgerlichen NFA-Fehlprognosen des Finanzdirektors haben sich kurzfristig zusätzliche Sparaufträge ergeben. Und unser Rat, der den SEG-Planungsbericht zustimmend zu Kenntnis genommen hat, belastet nun allen Ernstes die SEG-Institutionen abermals mit zusätzlichen Einsparungen. Damit um jeden Preis an der Einhaltung der Schuldenbremse festgehalten werden kann, betreibt ihre aktuelle Finanzpolitik einen gefährlichen schleichenden Abbau bei den sozialen Institutionen.

Es existiert eine Lobby für die Wirtschaft, für tiefe Unternehmenssteuern; eine Lobby für die Hauseigentümer, die zur Abschaffung der Liegenschaftssteuer geführt hat; und es gibt eine Lobby für die Automobilisten.

Wo jedoch bleibt IHR Lobbying für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen? Wo waren die amtierenden bürgerlichen Kantonsrätinnen und Kantonsräte am 30. Oktober 2015, als die Dachorganisationen der Institutionen, die Menschen mit Behinderung betreuen, die Heimkonferenz Luzern HKL und die Interessengemeinschaft der Trägerschaften privater sozialer Einrichtungen IGT, sie als Behördenvertreter und Parlamentarier eingeladen haben, um ein Manifest vorzustellen? In den darin benannten Forderungen geht es darum, **den Mengenbedarf und die Qualität für die Betreuungsplätze von Menschen mit Behinderung zu sichern.**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch in diesem Bereich war die Kommunikation des Regierungsrates wenig transparent und kohärent. Unser Rat hat den Sparauftrag der 5% aufgeteilt in 2.5% für 2015 und 2.5% für 2016, welche schlussendlich nicht allen Institutionen zugemutet werden konnten. Was gewisse Institutionen nicht zu leisten vermögen, wird nun anderen aufgebürdet, um den Ausfall aufzufangen. Womit jene, die für die

Kompensation mehr zu leisten haben, in ihrer Nachhaltigkeit ebenfalls geschwächt werden. Abgesehen davon, dass der Kanton so in seiner Steuerung **falsche Anreize setzt**, dreht hier eine **verhängnisvolle Abwärtsspirale**.

Nachdem also mit der Umsetzung der zweiten 2.5% bereits einige Schwierigkeiten im kommunikativen Nebel stecken blieben, wollen Sie nun aus Respekt vor dem "Mantra Schuldenbremse" ein weiteres Prozent an den SEG-Institutionen sparen?

Dass nun Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf in Luzerner SEG-Institutionen dafür bezahlen, dass die Schuldenbremse aufgeht, ist respektlos, ist unverantwortbar und geht uns entschieden zu weit.

Die SP-Fraktion erwartet, dass der Kantons- und der Regierungsrat **Verantwortung übernehmen gegenüber Menschen mit Behinderung**, gegenüber deren Angehörigen und gegenüber allen Mitarbeitenden in den sozialen Einrichtungen.

Deshalb beantragen wir Rückkommen auf Antrag 43.

Besten Dank für ihre **Überprüfung der Prioritäten in diesem Kanton und in diesem afp**.

Susanne Truttman, für die SP-Fraktion, 7. Dezember 2015